

30-Millionen-Forderung im Raum

Hemmiken. Von Deponie Wischberg betroffener Bauer konfrontiert Standortgemeinde

THOMAS GUBLER

Der Hemmiker Bauer Alfred Suter hat die Bürgergemeinde auf einen Betrag von 30 Millionen Franken betrieben. Er tut dies vorsorglich, um für sämtliche möglichen Forderungen aufkommen zu können, die sich aus seinem Streit wegen der Deponie Wischberg ergeben können.

Wie reagiert man auf einen Zahlungsbefehl über 30 Millionen Franken? Mit dieser Forderung, deren Hintergrund die überfüllte Inertstoffdeponie Wischberg bildet, sieht sich derzeit die kleine Oberbaselbieter Bürgergemeinde Hemmiken konfrontiert. Gestellt hat sie der Bauer Alfred Suter, dessen Hof Maiberg durch die Deponie möglicherweise gefährdet ist (die BaZ berichtete mehrfach). «Wir haben Rechtsvorschlag erhoben», sagt Bürgergemeindepäsident Eugen Mangold.

Das war die erste Reaktion der Bürgergemeinde. Die zweite ist: Man wartet ab. Am Freitagabend hat Mangold die Gemeindeversammlung orientiert. Beschlüsse wurden dabei nicht gefasst. Die 22 anwesenden Bürgerinnen und Bürger hätten die Informationen ohne Überraschung zur Kenntnis genommen. «Die Leute wussten ja auch längst Bescheid», sagte der Bürgergemeindepäsident. Der weiteren Entwicklung sieht Mangold gelassen entgegen. «Der Ball ist jetzt wieder bei Alfred Suter.»

Die Bürgergemeinde Hemmiken war bisher in den Fall Deponie Wischberg nicht involviert. Sie hatte der Einwohnergemeinde seinerzeit bloss das Land zur Verfügung gestellt.

VERJÄHRUNG VERHINDERN. Auf den ersten Blick erscheint die Forderung Suters an die Eigentümerin des Deponie-Grundstücks geradezu absurd hoch. Dürfte die Summe doch den Wert seines Bauernhofs Maiberg um ein Mehrfaches übertreffen.



Kämpft weiter. Landwirt Alfred Suter will sich finanziell absichern gegen mögliche weitere Schäden. Foto Daniel Desborough

Doch darum geht es nicht, wie Suters Anwalt Caspar Zellweger erklärt. «Wir wissen schlicht nicht, was noch alles passieren kann.» Sinn der Beteiligung sei daher, die laufenden Verjährungsfristen für alle möglichen Forderungen Suters zu unterbrechen. Und dazu gehörten eben nicht nur die direkt Vorhersehbaren. «Was passiert beispielsweise, wenn der Hang plötzlich ins Rutschen kommt?», fragt Zellweger rhetorisch. Da sei selbst ein Personen-

schaden nicht ausgeschlossen, vom enormen Schaden an Gebäuden und Tieren bei über 200 Stück Grossvieh ganz zu schweigen. Und sollten Drittpersonen verletzt werden, die sich beispielsweise beschuldigen auf dem Maiberg aufhalten, wäre Bauer Suter als Werkeigentümer haftbar.

VERZÖGERUNG. Ein Ende der unendlichen Geschichte um die Bauschuttdeponie Hemmiken ist noch längst nicht

in Sicht. Und offensichtlich kommt auch die angestrebte Mediation derzeit nicht richtig voran. Während Bauer Alfred Suter und der Kanton beziehungsweise die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) offenbar Vorschläge für einen Mediator eingereicht haben, soll der Rechtsvertreter der Gemeinde Hemmiken laut Caspar Zellweger zur Unterbreitung seines Vorschlags um eine Fristerstreckung bis Ende Jahr nachgesucht haben.

nachrichten

Gartenhaus brennt – Brandstiftung möglich

OBERWIL. Auf einem Schrebergarten-Areal an der Allschwilerstrasse in Oberwil ist am Samstag gegen 18.30 Uhr ein Brand an einem Gartenhaus ausgebrochen. Verletzt wurde niemand. Die Baselbieter Polizei schliesst indes Brandstiftung nicht aus; sie sucht Zeugen. Ein 31-jähriger Mann in einem benachbarten Gartenhaus hatte das Feuer bemerkt. Mit einem Feuerlöscher konnte er es löschen, wie die Polizei gestern mitteilte. SDA

Fahrzeug überschlägt sich auf der Autobahn

PRATTELN. Ein Auto hat sich am Samstagmorgen auf der A2 bei Pratteln überschlagen. Die 52-jährige Lenkerin wurde verletzt. Sie war mit ihrem Wagen aus noch ungeklärten Gründen an den linken Fahrbahnrand geraten. Obwohl das Fahrzeug auf dem Dach lag, konnten andere Verkehrsteilnehmer die Frau aus dem Auto bergen und den eintreffenden Sanitätern übergeben. Für die Dauer der Rettungsarbeiten mussten zwei von drei Fahrstreifen für knapp eine Stunde bis gegen 11.30 Uhr gesperrt werden. Das führte zu einem Rückstau von rund fünf Kilometern. Auch auf den umliegenden Kantonsstrassen kam es in der Folge zu Wartezeiten. SDA

Fahrer beschädigt parkierte Motorräder

THERWIL. Ein unbekanntes Fahrzeug fuhr am Freitag gegen 6 Uhr morgens in der Birsmtattstrasse in Therwil in drei korrekt parkierte Motorräder. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, entfernte sich der Lenker oder die Lenkerin danach, wie die Baselbieter Polizei am Samstag mitteilte. Sie sucht nun Zeugen (Telefon 061 553 35 35).

Jungpolitiker wollen sich für die Fortsetzung ihres Parlaments einsetzen

Die regionalen Jungparteien von links bis rechts bedauern das vorzeitige Scheitern des Projekts und möchten sich nochmal zusammenraufen

FLORIAN GUNZENHAUSER

Nach nur einem Jahr sieht sich der Jugendrat gezwungen, das Projekt «Jugendparlament Baselland» auf Eis zu legen. Grund: zu wenig Engagement seitens der Teilnehmer. Die Parteien sprechen sich jedoch für den Erhalt des Parlaments aus – wenn auch mit Änderungen in der Organisation.

Der Wurm steckte von Anfang an drin: Bei einer Planungssitzung für das Jugendparlament im September letzten Jahres wurde die Einbindung der Partei national orientierter Schweizer (Pnos) beschlossen. Wie jede andere Partei bekam auch die rechtsextreme Jungpartei fünf Sitze im Jugendparlament. Daraufhin verliessen die Jungsozialisten (Juso) und die Jungen Grünen den Saal und sagten ihre Teilnahme für die Tagung vom 7. November 2009 ab.

Eine Teilname der linken Parteien wäre nur nach «Änderungen der Spielregeln» möglich, sagte Benjamin van Vulpen vom Jungen Grünen Bündnis Nordwestschweiz damals. So erwarteten die linken Jungpolitiker von der rechtsextremen Partei ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten. Dies, weil gegen den damaligen Präsidenten der Pnos-Sektion beider Basel ein Strafverfahren wegen Verstosses gegen den Antirassismusartikel hängig war.

NUR BÜRGERLICHE JUNGPARTEIEN DABEI. Die Junge CVP, die Junge EVP sowie die Jungfreisinnigen kritisierten diesen Entscheid, da «die linken Jungparteien mit dem Austritt ein antidemokratisches Verhalten» an den Tag legen würden. Somit waren im Jugendparlament fast ausnahmslos nur bürgerliche Parteien vertreten. Ein zu rechtslastiges Jugendparlament sei es laut Jugendrätin Lea Hungerbühler trotzdem nicht gewesen: «Wir haben bewusst über Themen diskutiert, die alle Jugendlichen interessieren und bei denen man auf einen Konsens kommen kann.»

Nach einem Jahr teilte Hauptorganisatorin Hungerbühler nun aber unlangst das Ende des Jugendparlaments mit. In einer Medienmitteilung nennt sie mangelnde Beteiligung und zu geringes Interesse der Jungparteien als Grund für die Entscheidung. Nicht mehr dabei war seit Ende August Philipp Eglin, ehemaliger Sek-

tionspräsident der Pnos. Nach seiner erstinstanzlichen Verurteilung im Sommer dieses Jahres wurde er aus dem Jugendparlament ausgeschlossen – seine Partei jedoch nicht. Dies sei «nicht in der Macht des Jugendrats» gewesen, sagt Hungerbühler. Nun rechnen aber viele Beteiligte mit einem Rückzug der Pnos. Ein zukünftiges Mitwirken der linken Parteien scheint deshalb möglich.

ENTTÄUSCHTE JUGENDLICHE. Nach dem Entschluss des Jugendrats, das Jugendparlament auf Eis zu legen, reagieren Verantwortliche der Jungparteien enttäuscht. Marco Schällmann, Präsident der Jungen Schweizer Demokraten (JSD), spricht von einer «verpassten Chance». Das Jugendparlament sei eine gute Plattform für Jungpolitiker wie ihn gewesen. Stefan Kaiser, Mitglied der Jungfreisinnigen (JF), teilt diese Meinung: «Das Jugendparlament ist eine einzigartige Chance, Erfahrungen zu sammeln. Auch der Austausch mit anderen Parteien war gewährleistet.» Grund für das vorzeitige Scheitern des Projekts sei laut Kaiser der grosse Zeitaufwand: «Die Teilnehmer haben möglicherweise andere Prioritäten. Vielleicht wäre es sinnvoller, maximal ein bis zwei Anlässe pro Jahr einzuplanen anstatt deren vier.»

Auch die Juso signalisiert Interesse an der Fortsetzung des Projekts – obwohl die Partei bis jetzt durch Abwesenheit glänzte: «Wir wären bereit für eine Sitzung mit dem Jugendrat, um die allgemeinen Spielregeln nochmals zu besprechen. Eine Teilnahme am Jugendparlament würden wir begrüssen», sagt Juso-Präsident Florian Schreier.

Wie die Jungsozialisten wollen sich auch die anderen Jungparteien für einen neuen Anlauf des Projekts einsetzen: «Wir wollen in naher Zukunft den Dialog mit den anderen Parteien suchen und so bald als möglich das Projekt Jugendparlament fortführen», sagt Stefan Kaiser. Für Jugendrätin Lea Hungerbühler (parteilos) ist dieses Szenario nicht auszuschliessen: «Wenn die Jungparteien gewillt sind, das Projekt weiterzuführen, werden wir vom Jugendrat natürlich weiter Hand dazu bieten.»

Wieder verläuft die Spur im Sand

Die Reihe linksextremer Taten in der Region wird länger und länger

MISCHA HAUSWIRTH

Mehr als eine Woche, nachdem Vermummte ein Allschwiler Wahlbüro überfallen haben, sind die Täter immer noch nicht festgenommen. Die Ermittlungen erweisen sich als schwierig, um nicht zu sagen aussichtslos.

Sechs oder sieben Personen dringen wortlos in das Wahlbüro Neuallschwil ein. Sie sind schwarz gekleidet, mit Mützen und Schals vermummt. Sie stehlen die Wahlurne, in der sich 20 Stimmzettel zur Ausschaffungsinitiative und zur Steuergerechtigkeitsinitiative befinden. Auf dem Parkplatz beim Allschwiler Lindenplatz leeren sie die Urne mit den Stimmzetteln aus und schütten eine leicht entzündliche Flüssigkeit darüber. Ein Feuerzeug, Flammen, dann verschwinden die Täter.

Das war am 27. November, einem Samstag. Am Sonntag darauf verurteilte ein Gemeindegemeinderat in Schlieren (ZH) einen Brandanschlag: Die Polizei riegelte Gebäude und nähere Umgebung ab, bevor sie die Brandbeschleuniger in einer Tasche sicherstellten (BaZ berichtete).

GEWALT VON LINKS. So viel oder so wenig ist bekannt. Die Kantonspolizei Baselland sagt zum Fall nur: «Die Ermittlungen sind im Gang. Bislang konnte die Täterschaft nicht gefunden werden.» Und auch die Kantonspolizei Zürich fischt bezüglich Täterschaft im Trüben. Ob zwischen beiden Vorfällen ein Zusammenhang besteht, ist – so will es der Rechtsstaat – so lange hypothetisch, bis gegenteilige Beweise vorliegen.

Linksextremisten stehen im Verdacht, den politisch motivierten Überfall begangen zu haben. Es

gibt aber auch Stimmen, die eine Verschwörungstheorie vertreten, wonach die Aktion eine rechtsextreme Provokation darstellen soll. Jedenfalls passt das Verbrennen von Wahlzetteln zu einer Reihe von linksextremen Aktionen in der Region.

HOHE SACHSCHÄDEN. Zur Erinnerung: Nach dem 1. Mai und im Nachfeld des Baselbieter Harasenslauf-Verbots kam es in Basel zu einem Brandanschlag auf die Polizei; ein Mob von Linksextremen randalierte vor dem Claraposten und warf einen Molotowcocktail. Einen Tag später schlugen mehrere Vermummte in der Basler Freien Strasse etliche Schaufenster kaputt. An Hausmauern und Fensterscheiben waren mehrere Sprayereien mit Hammer- und Sichel-Symbolen sowie das A in einem Kreis zu sehen – Klassiker unter gewaltbereiten Anarchisten.

Im Herbst dann riefen Unbekannte mit Zetteln gegen einen Kleiderladen im Kleinbasel auf, weil dieser angeblich «faschistische Kleidung» verkauft. Eine brennende Kerze vor dem Eingang des Ladens erlischt, bevor Schlimmeres passieren kann. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Drohung und Nötigung.

Vor wenigen Wochen ketteten Unbekannte die Handwagen von Zeitungsverteilern an, um gegen die BaZ-Eigentümer zu protestieren. Und vergangenen Sonntagabend, nach der Abstimmung zur Ausschaffungsinitiative, kommt es während der «spontanen Demo» (so heisst es auf einer Seite von Zürcher Linksextremen) gegen die SVP und die Fremdenfeindlichkeit in der Basler Innenstadt zu Schmierereien.

Die genaue Höhe der Sachbeschädigung dieser Taten dürfe sich um rund eine Million Franken bewegen. In allen erwähnten Fällen sucht die Polizei nach wie vor nach den Tätern.

STAATSSCHUTZ INVOLVIERT. Keine der offiziellen Behörden hat sich bisher zur möglichen Täterschaft von Allschwil geäußert. Meinrad Stöcklin, Mediensprecher der Baselbieter Polizei, sagt: «In die Ermittlungen involviert ist auch der Nachrichtendienst der Polizei Basellandschaft.»

Der Staatsschutz leitet die Fahndungen, weil er juristisch gesehen solche Taten als Terrorakte wertet. Wer eine Volksabstimmung behindert, stört oder Wahlzettel stiehlt, verstösst gegen Bundesgesetz und ist ein Risiko für die innere Sicherheit. Logisch, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) mit seinem Dienst für Analyse und Prävention (DAP) sich für die linke Gewaltwelle in der Region Basel interessiert. Der Bundesnachrichtendienst schreibt in seinem jüngsten Bericht von tausend Linksextremen, die als gewalttätig eingestuft werden können. «Nach wie vor handelt es sich beim Linksextremismus um ein fast ausschließlich urbanes Phänomen.»

Den Staatsschützern ist zudem nicht entgangen, dass Feuer als Zeichen für Gefährlichkeit und Entschlossenheit, aber ebenso als Markenzeichen eingesetzt wird. Unter «Linksextremismus» schreiben sie: «Aus der Sicht der Täterschaft stellen Brandstiftungen eine risikoarme, kostengünstige, spektakuläre und deshalb medien-trächtige Aktionsform dar.» Sowie: «Dabei wird auch die Gefährdung Unbeteiligter in Kauf genommen.»